

Ersetzt bald Tätigkeit den Erwerb?

Grundeinkommen

Regelmäßige Bezüge, die an keinerlei Bedingungen geknüpft sind? Für die einen paradiesische Zustände, für die anderen der Untergang der Strebsamkeit. Eine uralte Diskussion lebt auf. Eine Zusammenfassung von SZENE HAMBURG-Redakteurin Julia Braune

Eines Tages, Baby, werden wir alt sein und an all die Geschichten denken, die wir hätten erzählen können“, rezitierte Julia Engelmann beim Poetry Slam in der Uni Bielefeld. Ihr Aufruf, das Leben endlich zu leben, sich aus Lethargie und Gewohnheit zu befreien, entwickelte sich rasend schnell zum Internet-hit. Knapp vier Millionen Mal wurde das Video dazu angeklickt. Wohl weil viele sich darin wiederfinden und jeder die Angst kennt, sein Leben am Ende nicht richtig genutzt zu haben.

Hätte man den langweiligen Job vielleicht längst schmeißen sollen? Oder sich mehr Zeit für das geliebte Hobby nehmen sollen? Und was ist mit der Weltreise? Mit den vielen Projekten, Beziehungen, Freundschaften, die man pflegen wollte? *Carpe diem* – ja, natürlich, gerne. Aber wann? Und wie? Erst ist die Karriere dran. Auf die haben wir ja lange hingearbeitet: mit gutem Abitur, zielstrebigem Studium, unzähligen Praktika. Jetzt verbringt man viel Zeit im Büro. Anfangs schlecht bezahlt – und später vielleicht auch. Dann heißt es: für Nachwuchs sorgen. Kurz darauf wieder voll arbeiten. Erstens kann man es sich anders finanziell nicht leisten; zweitens wäre alles andere ein Schlag ins Gesicht der Emanzipation. Und während man sich zwischen Familie und Beruf zerreißt, ziehen all die tollen Dinge am Wegesrand vorbei, die man so gerne machen würde – aber wofür man keine Zeit hat. Oder kein Geld.

So. Und jetzt stelle man sich mal Folgendes vor: Der Staat gebe jedem Bürger eine finanzielle Absicherung. Ein monatliches Einkommen – von sagen wir mal 1.000 Euro. Regelmäßig, sicher, bis ans Lebensende. Ohne, dass der Mensch irgendetwas vorweisen oder beantragen müsste. Unabhängig vom individuellen Vermögen oder Gehalt.

Was wäre das plötzlich für eine Freiheit! Ganz ohne Existenzängste könnte man sich leisten, nur noch Teilzeit zu arbeiten, den festen, aber langweiligen Job einfach kündigen, schlecht bezahlte Aufträge ablehnen. Oder sie trotzdem annehmen – weil die Freude daran überwiegt.

Man könnte endlich das Buch schreiben, das ständig aufs nächste Jahr verschoben wurde, weil die finanzielle Grundsicherung fehlte. Genügsame Menschen könnten aber auch einfach mal ein paar Monate entspannen. Sport machen, auf dem Sofa abhängen, Malen, Klavier spielen. Sich um die Familie kümmern, um sich selbst.

Das alles klingt geradezu paradiesisch. Nach unrealistischer Träumerei. Doch mit dem bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) wäre so ein Leben, das Arbeit und Einkommen trennt, tatsächlich möglich. Die Idee ist Jahrtausende alt und ein globales Phänomen, heißt anderswo beispielsweise „Basic Income Guarantee“ oder „Social Credit“. In Deutschland wird das BGE seit den 1980er Jahren immer wieder öffentlich, parteiübergreifend diskutiert.

Existenzsichernd, als individueller Rechtsanspruch, ohne Bedürftigkeitsprüfung und Zwang zur Arbeit – so lauten die wesentlichen Kriterien des BGE, die das deutsche Netzwerk für Grundeinkommen definiert hat. Trotzdem gibt es eine große Bandbreite verschiedener Modelle. Sie unterscheiden sich meist in der Höhe des Betrags, der Finanzierung oder der Einsparung anderer Transferleistungen. Ein Beispiel ist der Entwurf „Solidarisches Bürgergeld“ des ehemaligen thüringischen Ministerpräsidenten Dieter Althaus: 800 Euro brutto für jeden, Streichung aller sonstigen Sozialleistungen, Umgestaltung der Steuer- und Sozialpolitik. Ein anderes, ebenfalls bekanntes, ist das von Götz Werner entwickelte Konsumsteuer-Konzept. Der Unternehmer und Gründer der dm-Drogeriemarktkette ist einer der bekanntesten BGE-Verfechter Deutschlands. Nach ihm würde das BGE, das er bei 1.000 Euro ansetzt, durch eine Umsatzsteuer finanziert werden, die alle bisher erhobenen Steuern und Abgaben ersetze.

Im Allgemeinen beziehen sich die Befürworter auf zwei Aspekte zur Begründung des BGE: Auf das im Grundgesetz verankerte Recht auf ein Leben in Würde einerseits. Konnte sich in einer Agrargesellschaft jeder nach dem Prinzip „ein Mann, eine Scholle“ selbst versorgen, ersetzt das BGE in einer Volks-

qualifizierten Interessenten besetzen, muss die Anzahl von Bewerbern natürlich größer sein als die Anzahl freier Stellen. Nach der gängigen Einschätzung geht man von einem Verhältnis von 3:1 aus. Bewerben sich also weniger als 3 Personen für eine Stelle, wird es eng.

Relativ großer Bedarf herrscht bei den chronisch unterbezahlten Jobs in der Gästebetreuung, beim Reinigungspersonal und bei Wachdiensten. Bei den Metallberufen (Erzeugung, Bearbeitung, Installations- und Metallbautechnik) gibt es ebenfalls Bedarf. Auch bei den Elektrotechnikern, wo 40 Bewerber auf 100 Stellen kommen; bei den Chemie- und Kunststoffarbeitern sind es 57 Bewerber für 100 freie Stellen. Es fehlt an Nachwuchs.

Der Großteil der Schulabgänger, beinahe zwei Drittel, setzt auf die Top-Ten der Ausbildungsberufe, darunter Bank-, Groß- und Außenhandelskaufmann und Hotelfachmann. Dadurch nehmen sich die Azubis selbst gute Berufsaussichten und schüren einen unnötigen Konkurrenzkampf, denn in den Branchen, für die sie sich ausbilden lassen wollen, gibt es viel mehr Bewerber als freie Stellen. Besonders auffällig ist das in der Medienbranche: Dort und bei den geisteswissenschaftlichen beziehungsweise künstlerischen Berufen kommen auf 100 freie Arbeitsplätze 2.278 Bewerber! Wer hier Arbeit finden will, muss wissen, worauf er sich einlässt.

Viele wissen es nicht. Überhaupt gibt es, hört man aus der Agentur für Arbeit, ein massives Informationsdefizit unter Eltern und Schulabgängern, wenn es darum geht, welche Ausbildung beste Aussichten auf spätere Anstellung bieten. Dabei werden in Hamburg über 300 verschiedene Ausbildungen angeboten, darunter zum Hafenschiffer, zur Speiseeisherstellerin oder auch zum Bürokaufmann mit Zusatzqualifikation „Inkasso“. Sicherlich nichts für jedermann, auch nicht die Antwort auf das Problem der Arbeitslosigkeit. Aber für manchen, der aus Unwissenheit eine Aus- oder gar Weiterbildung in den Medien sucht und am Ende keine Arbeit findet, bieten sich hier vielleicht Alternativen: Keine Rivalitäten, kein Neid, keine Sorgen. ●



Ersetzt bald Tätigkeit den Erwerb?

Grundeinkommen

Regelmäßige Bezüge, die an keinerlei Bedingungen geknüpft sind? Für die einen paradiesische Zustände, für die anderen der Untergang der Strebsamkeit. Eine uralte Diskussion lebt auf. Eine Zusammenfassung von SZENE HAMBURG-Redakteurin Julia Braune

Eines Tages, Baby, werden wir alt sein und an all die Geschichten denken, die wir hätten erzählen können“, rezitierte Julia Engelmann beim Poetry Slam in der Uni Bielefeld. Ihr Aufruf, das Leben endlich zu leben, sich aus Lethargie und Gewohnheit zu befreien, entwickelte sich rasend schnell zum Internet-hit. Knapp vier Millionen Mal wurde das Video dazu angeklickt. Wohl weil viele sich darin wiederfinden und jeder die Angst kennt, sein Leben am Ende nicht richtig genutzt zu haben.

Hätte man den langweiligen Job vielleicht längst schmeißen sollen? Oder sich mehr Zeit für das geliebte Hobby nehmen sollen? Und was ist mit der Weltreise? Mit den vielen Projekten, Beziehungen, Freundschaften, die man pflegen wollte? *Carpe diem* – ja, natürlich, gerne. Aber wann? Und wie? Erst ist die Karriere dran. Auf die haben wir ja lange hingearbeitet: mit gutem Abitur, zielstrebigem Studium, unzähligen Praktika. Jetzt verbringt man viel Zeit im Büro. Anfangs schlecht bezahlt – und später vielleicht auch. Dann heißt es: für Nachwuchs sorgen. Kurz darauf wieder voll arbeiten. Erstens kann man es sich anders finanziell nicht leisten; zweitens wäre alles andere ein Schlag ins Gesicht der Emanzipation. Und während man sich zwischen Familie und Beruf zerreißt, ziehen all die tollen Dinge am Wegesrand vorbei, die man so gerne machen würde – aber wofür man keine Zeit hat. Oder kein Geld.

So. Und jetzt stelle man sich mal Folgendes vor: Der Staat gebe jedem Bürger eine finanzielle Absicherung. Ein monatliches Einkommen – von sagen wir mal 1.000 Euro. Regelmäßig, sicher, bis ans Lebensende. Ohne, dass der Mensch irgendetwas vorweisen oder beantragen müsste. Unabhängig vom individuellen Vermögen oder Gehalt.

Was wäre das plötzlich für eine Freiheit! Ganz ohne Existenzängste könnte man sich leisten, nur noch Teilzeit zu arbeiten, den festen, aber langweiligen Job einfach kündigen, schlecht bezahlte Aufträge ablehnen. Oder sie trotzdem annehmen – weil die Freude daran überwiegt.

Man könnte endlich das Buch schreiben, das ständig aufs nächste Jahr verschoben wurde, weil die finanzielle Grundsicherung fehlte. Genügsame Menschen könnten aber auch einfach mal ein paar Monate entspannen. Sport machen, auf dem Sofa abhängen, Malen, Klavier spielen. Sich um die Familie kümmern, um sich selbst.

Das alles klingt geradezu paradiesisch. Nach unrealistischer Träumerei. Doch mit dem bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) wäre so ein Leben, das Arbeit und Einkommen trennt, tatsächlich möglich. Die Idee ist Jahrtausende alt und ein globales Phänomen, heißt anderswo beispielsweise „Basic Income Guarantee“ oder „Social Credit“. In Deutschland wird das BGE seit den 1980er Jahren immer wieder öffentlich, parteiübergreifend diskutiert.

Existenzsichernd, als individueller Rechtsanspruch, ohne Bedürftigkeitsprüfung und Zwang zur Arbeit – so lauten die wesentlichen Kriterien des BGE, die das deutsche Netzwerk für Grundeinkommen definiert hat. Trotzdem gibt es eine große Bandbreite verschiedener Modelle. Sie unterscheiden sich meist in der Höhe des Betrags, der Finanzierung oder der Einsparung anderer Transferleistungen. Ein Beispiel ist der Entwurf „Solidarisches Bürgergeld“ des ehemaligen thüringischen Ministerpräsidenten Dieter Althaus: 800 Euro brutto für jeden, Streichung aller sonstigen Sozialleistungen, Umgestaltung der Steuer- und Sozialpolitik. Ein anderes, ebenfalls bekanntes, ist das von Götz Werner entwickelte Konsumsteuer-Konzept. Der Unternehmer und Gründer der dm-Drogeriemarktkette ist einer der bekanntesten BGE-Verfechter Deutschlands. Nach ihm würde das BGE, das er bei 1.000 Euro ansetzt, durch eine Umsatzsteuer finanziert werden, die alle bisher erhobenen Steuern und Abgaben ersetze.

Im Allgemeinen beziehen sich die Befürworter auf zwei Aspekte zur Begründung des BGE: Auf das im Grundgesetz verankerte Recht auf ein Leben in Würde einerseits. Konnte sich in einer Agrargesellschaft jeder nach dem Prinzip „ein Mann, eine Scholle“ selbst versorgen, ersetzt das BGE in einer Volks-